

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 25

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Normalisierung in Polen setzt sich fort

Professorenhutz

Was das polnische Regime mit seinem einschneidenden Hochschulgesetz im Spätsommer versprochen hatte, das hat es im Spätherbst mit seinen Säuberungen an den Hochschulen gehalten. Eine Etappe mehr auf dem Weg der sowjetisch gewünschten Normalisierung.

Die Ausbootung von unbequemen Akademikern hat erhebliche Ausmasse angenommen. Ihrer Posten enthoben wurden insbesondere:

- der Rektor des Warschauer Polytechnikums, Prof. Wladyslaw Eindeisen
- der Rektor der Universität Posen, Franciszek Kaczmarek, seine vier Stellvertreter und sieben der dortigen acht Dekane
- der Rektor der Universität Danzig, Prof. Karol Taylor, der Dekan der dortigen mathematischen Fakultät, Prof. Marian Kwapisz, und dessen Stellvertreter Jerzy Grzywacz.

Insgesamt sind rund 50 Rektoren bis Professoren entlassen worden oder haben aus Protest selber ihren Rücktritt genommen.

Meist hat man die Entlassungen ohne öffentliche Angabe von Gründen vorgenommen, aber diese sind als politische Gründe einsichtig. Prof. Taylor zum Beispiel hatte am 6. November an der Beisetzung des «tödlich verunfallten» Studenten Marcin Antonowicz (siehe letzte Nummer) teilgenommen, was man ihm

als feindliches Verhalten angekreidet hat – übrigens eine indirekte Bestätigung dafür, dass es sich bei jenem «Sturz aus dem Polizeiwagen» tatsächlich um einen sicherheitsdienstlichen Mord gehandelt hat.

Die Aktion gegen die Hochschulen ist nur ein Schritt in die eingeschlagene Richtung. Für Mitte des nächsten Jahres wird ein neuer Parteitag vorbereitet, und die Sowjets drängen auf Eliminierung des polnischen Sonderfalls innerhalb ihres Lagers.

Wie es weitergehen soll, zeigt sich überaus symptomatisch an der geschichtlichen Abrechnung mit dem seinerzeitigen Tauwetter nach dem «polnischen Oktober» von 1956 unter dem damaligen Parteichef Wladyslaw Gomułka. Ihm wird vorgeworfen, dass er dem «reaktionären Druck der Strasse» nachgegeben und in «mehreren Bereichen auf eine sozialistische Entwicklung verzichtet» habe. Das wird auf die nicht kollektivierten Landwirtschaft bezogen, auf die Wiederzulassung der kirchlichen Organisationsstrukturen und auf «unkontrollierbare Auslandkontakte» wirtschaftlicher und sonstiger Art, was der ideologischen Subversion Tür und Tor geöffnet habe.

Wenn bestimmte Entwicklungen als «falsch» angeprangert werden, dann ist es wohl auch klar, dass man sie rückgängig machen will. *bg*



«Was, ihr wollt zu uns kommen, weil es in eurer Wohnung zu kalt ist? Wir wollten doch gerade aus dem gleichen Grund zu euch kommen!» («Express Wieczorny», Warschau, 29. 11. 1985)

Briefe

Asylpolitik

Im ZeitBild 16/85 haben Sie eine Meinungsäußerung abgedruckt, wonach die kommunistisch regierten Oststaaten mit ihren Transitflügen für Drittweltflüchtlinge in den westlichen Demokratien eine allgemeine Antiflüchtlingstimmung erzeugen wollten, die sich dann auch gegen politische Flüchtlinge aus Ländern des realen Sozialismus richten müsste. Diese würden ebenso abgewiesen und heimgeschafft wie die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge aus Asien und Afrika. Wenn das geschehe – und das EJPD sei daran, dieses «Spiel» mitzuspie-

len –, würde der Westen an Attraktivität verlieren, und die «Abstimmung mit den Füßen» fände ein Ende.

Dass diese Überlegungen durchaus begründet sind, zeigt ein Artikel in der populären polnischen Zeitung «Express Wieczorny» vom 18. November 1985:

«Die Schweizerische Nationale Aktion will sich der Ausländer entledigen.» In Zürich, «also in der Schweiz, dieser Oase von Stabilität, Ruhe und Vernunft», sei es zu einem Krawall gekommen. «Die Ursache ist in Westeuropa wohl bekannt: die Ausländer, die aus diesem oder jenem Grund in die Schweiz gekommen sind.»

Und dann folgt eine durch Fettdruck hervorgehobene Aussage: «Die Nationale Aktion möchte, dass alle Ausländer aus der Schweiz ziehen, was der Politik der Schweizer Behörden

entspricht, welche die Einwanderer diskriminieren.»

Ein Lokalradioaufruf habe sovielen «Immigrantenverteidiger» an den Anlass der NA gebracht, dass dieser Angriff auf die Fremdarbeiter mit einem Krawall habe abgeschlagen werden können. «Das Problem aber bleibt. In Westeuropa haben die verschlechterte wirtschaftliche Lage und insbesondere die Arbeitslosigkeit eine Welle des Widerwillens gegen Fremdarbeiter hervorgerufen (. . .). Dabei sind die Fremdarbeiter das Sicherheitsventil für die Behörden in Krisenzeiten. Während der Rezession 1974 bis 1976 gingen in der Schweiz 300 000 Arbeitsplätze verloren. Aber die Arbeitslosenzahl stieg nur wenig, weil 200 000 Ausländer zur Ausreise gezwungen wurden.»

Muss sich bei derartigen Informationen ein Pole nicht zweimal das Für und Wider einer Flucht aus dem realen Sozialismus überlegen?

VP